



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 167. Ratssitzung vom 27. Oktober 2021

4513. 2020/197

Weisung vom 20.05.2020:

Postulat von Christine Seidler und Mario Mariani betreffend Formate für institutionalisierte Partizipationsprozesse für grössere und komplexe Projekte im Rahmen der Stadtentwicklung und Verdichtung unter angemessener Kostenbeteiligung von profitierenden Dritten

Antrag des Stadtrats

1. Vom vorliegenden Bericht betreffend Formate für institutionalisierte Partizipationsprozesse für grössere und komplexe Projekte im Rahmen der Stadtentwicklung und Verdichtung unter angemessener Kostenbeteiligung von profitierenden Dritten wird Kenntnis genommen.
2. Der zusätzliche Bericht «Partizipationsprozesse» vom 5. Mai 2020 (Beilage) wird zur Kenntnis genommen.
3. Das Postulat, GR Nr. 2017/226, von Christine Seidler (SP) und Mario Mariani (CVP) vom 5. Juli 2017 betreffend Formate für institutionalisierte Partizipationsprozesse für grössere und komplexe Projekte im Rahmen der Stadtentwicklung und Verdichtung unter angemessener Kostenbeteiligung von profitierenden Dritten wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Änderungsanträge /
Kommissionsreferentin Schlussabstimmung:

Christine Seidler (SP): *Wir haben lange über Verdichtung und Innenentwicklung gesprochen. Verdichten ohne schmerzhaft und tiefe Eingriffe in die Stadtstruktur ist nicht möglich. So wie Zürich verdichten muss, bedeutet dies ein Verlassen des Status quo, was vielen Menschen Angst verursacht. Ein wichtiges Instrument, um die Leute abzuholen und weiter in zukünftige Entwicklungen für ihren Lebensraum einzubeziehen, ist Partizipation. In diesem Sinne haben Mario Mariani (CVP) und ich diese Motion eingereicht. Wir finden, dass Partizipation eine Selbstverständlichkeit sein soll. Damit ist die Institutionalisierung gemeint. Der Stadtrat lässt in seiner Weisung den Willen vermissen, dies umzusetzen. Er begründet, dass Partizipation sich nicht institutionalisieren lasse, da es sich immer um andere Fragestellungen handle. Das ist korrekt. Institutionalisierung war auch nicht in dem Sinne gemeint, dass man von A nach B Prozesse linear stets gleich gestalten muss. Die Meinung war, dass man eine zentrale Rahmenbedingung hat, die Partizipationsverfahren mit allfälligen Planungsverfahren koppelt, und dass die Ergebnisse der Teilhabe in die Planungsverfahren miteinfließen können und umgekehrt. Wenn man die Leute mitwirken lässt, das Eingebachte aber nicht umsetzt, dann ist dies gestohlene Zeit. Eine gute Partizipation ist ergebnisoffen. Es geht nicht darum, dass die*



Leute, die mitmachen, in der Architektur tätig sein müssen, sondern es geht darum, Ideen mitzunehmen und umzusetzen. Erfolgreiche Partizipation benötigt die Möglichkeit, für entsprechende Situationen massgeschneiderte Verfahren zu entwickeln. Die Mehrheit der Kommission findet diese Weisung setzt die Motion respektive das Postulat überhaupt nicht um und ist deswegen gegen eine Abschreibung. Wir werden unterliegen und entsprechend werden wir einen weiteren Vorstoss einreichen, weil Partizipation bedeutet, dass 80 000 Einwohnerinnen und Einwohner miteinbezogen werden, in wie sie ihren Lebensraum gestalten sollen. Wir finden, dies ist ein wichtiges Anliegen, dem man Rechnung tragen soll und wir wollen, dass der Stadtrat dies auch erkennt.

Kommissionsminderheit Änderungsanträge:

Sven Sobernheim (GLP): *Wenn der Stadtrat einen Bericht vorlegt, in dem er zeigt, was er alles schon macht, weiss ich nicht, wie man ein Postulat, das genau dies fordert, noch besser beantworten kann. Jetzt höre ich von der Mehrheit der Kommission, dass der Stadtrat dies nicht umsetzen wolle. Ich habe mir nicht die Mühe gemacht, alle Partizipationsprozesse aufzulisten, an die ich zurzeit eingeladen werde – es sind sehr viele. Damit möchte ich nicht sagen, dass die Minderheit der Kommission gegen Partizipation ist; es gibt viele Prozesse, bei denen die Partizipation zeigt, dass es richtig ist und funktioniert. Diese Prozesse zeigen aber auch sehr deutlich, dass es eine Grenze der Partizipation gibt. In Wipkingen zum Beispiel musste die Verwaltung sagen, es funktioniere mit dem Geld nicht oder könne so nicht gefordert werden. Dies zeigt mir, dass wir anpassen müssen, dass wir kein informelles Verfahren – dazu gehört auch Partizipation – in den institutionellen Rahmen überführen. Die Minderheit lehnt deswegen beide Änderungsanträge ab und möchte den Bericht zur Kenntnis nehmen. Zum dritten Punkt: Vorstösse, die im Nirvana hängen, nützen niemandem etwas. Deswegen lehnen wir ebenfalls ab.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *In einer modernen Stadt besteht der Anspruch, dass man Lösungen für die Zukunft gemeinsam mit den Betroffenen sucht. Deswegen ist es dem Stadtrat seit langem ein Anliegen, Vorhaben und Projekte grundsätzlich in einem kooperativen und partizipativen Klima anzugehen. Das ist auch in den «Strategien 2035» des Stadtrats festgehalten. Es handelt sich um informelle Mitwirkungsverfahren, die seit Jahren fester Bestandteil des Instrumentariums der Stadtverwaltung sind. Sie kommen in unterschiedlichen Formaten und Bereichen des städtischen Handelns zum Einsatz. Sie werden freiwillig und zusätzlich zu den formellen, gesetzlich vorgeschriebenen Mitwirkungsverfahren durchgeführt. Der Stadtrat ist überzeugt, dass sie einen grossen Mehrwert bringen. In den meisten Fällen lässt sich der Stadtrat durch externe Fachleute bei der Konzipierung solcher Prozesse begleiten. Das ist keine Garantie dafür, dass alles gelingt und alle zufrieden sind, aber es sorgt für eine hohe Qualität der städtischen Mitwirkungsverfahren. Eine saubere Vorbereitung, Durchführung und Klärung der Kommunikation, der Rahmenbedingungen und des Erwartungsmanagements gegenüber den Teilnehmenden sind «state of the art». Wir haben eine interne Arbeitshilfe, die die Stadtverwaltung bei diesen Prozessen unterstützt und einen institutionalisierten Austausch*



zwischen den Dienstabteilungen, um diese Prozesse zu reflektieren und die Praxis kontinuierlich zu verbessern. Mitwirkungsverfahren sind komplexe, soziale Prozesse und stellen hohe Anforderungen an alle Beteiligten. Trotz aller Sorgfalt gibt es keine Garantie dafür, dass alle zufrieden sind. Die Differenzen, die es in solchen Prozessen gibt, gehören genauso dazu wie die Suche nach einem gemeinsamen Nenner. Jedes Projekt hat einen individuellen Kontext. Der Stellenwert und die Verwendung der Inputs sind je nach Verfahren verschieden. Es geht um Erwartungsmanagement. Ob in einer bestimmten Situation ein informeller Prozess sinnvoll ist, welches das richtige Verfahren ist, wann der richtige Zeitpunkt ist und welche Erwartungen man mit einem Partizipationsprozess verknüpfen kann, muss im Einzelfall beurteilt und angepasst werden. Darum lehnt der Stadtrat diese Institutionalisierung von informellen Mitwirkungsverfahren ab. Wir erachten die Weiterentwicklung der Mitwirkungskultur als erfolgsversprechenden Weg, dies aber nur im Einzelfall und situativ. Grundsätzlich kann nur in Fällen, in denen Privateigentümerinnen und Privateigentümer in den Genuss eines Planungsvorteils kommen – bei Sondernutzungsplanungen zum Beispiel – eine Gegenleistung eingefordert werden, wenn es also um einen Mehrwertausgleich geht. In allen anderen Fällen haben wir keine gesetzliche Grundlage, um eine Beteiligung a priori sicherzustellen. Die Kosten sind erfahrungsgemäss nicht das limitierende Element. Wenn Abklärungen zeigen, dass ein bestimmtes informelles Verfahren ein Mehrwert ist, wird es durchgeführt.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der BeKo RP SLÖBA/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom vorliegenden Bericht betreffend Formate für institutionalisierte Partizipationsprozesse für grössere und komplexe Projekte im Rahmen der Stadtentwicklung und Verdichtung unter angemessener Kostenbeteiligung von profitierenden Dritten wird ablehnend Kenntnis genommen.

Die Minderheit der BeKo RP SLÖBA/V beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Christine Seidler (SP), Referentin; Präsident Marco Denoth (SP), Heidi Egger (SP), Regula Fischer Svoise (AL) (für vakanten Sitz AL), Nicole Giger (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Pascal Lamprecht (SP), Olivia Romanelli (AL)
Minderheit:	Vizepräsident Sven Sobernheim (GLP), Referent; Brigitte Fürer (Grüne), Stephan Iten (SVP), Markus Knauss (Grüne), Albert Leiser (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Cathrine Pauli (FDP), Dominique Zygmont (FDP)
Abwesend:	Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 49 gegen 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.



Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der BeKo RP SLÖBA/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 2:

2. Der zusätzliche Bericht «Partizipationsprozesse» vom 5. Mai 2020 (Beilage) wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Die Minderheit der BeKo RP SLÖBA/V beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Christine Seidler (SP), Referentin; Präsident Marco Denoth (SP), Heidi Egger (SP), Regula Fischer Svoitse (AL) (für vakanten Sitz AL), Nicole Giger (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Pascal Lamprecht (SP), Olivia Romanelli (AL)
Minderheit:	Vizepräsident Sven Sobernheim (GLP), Referent; Brigitte Fürer (Grüne), Stephan Iten (SVP), Markus Knauss (Grüne), Albert Leiser (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Cathrine Pauli (FDP), Dominique Zygmont (FDP)
Abwesend:	Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 48 gegen 67 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der BeKo RP SLÖBA/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Das Postulat, GR Nr. 2017/226, von Christine Seidler (SP) und Mario Mariani (CVP) vom 5. Juli 2017 betreffend Formate für institutionalisierte Partizipationsprozesse für grössere und komplexe Projekte im Rahmen der Stadtentwicklung und Verdichtung unter angemessener Kostenbeteiligung von profitierenden Dritten wird nicht als erledigt abgeschrieben.

Die Minderheit der BeKo RP SLÖBA/V beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Christine Seidler (SP), Referentin; Präsident Marco Denoth (SP), Heidi Egger (SP), Regula Fischer Svoitse (AL) (für vakanten Sitz AL), Nicole Giger (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Pascal Lamprecht (SP), Olivia Romanelli (AL)
Minderheit:	Vizepräsident Sven Sobernheim (GLP), Referent; Brigitte Fürer (Grüne), Stephan Iten (SVP), Markus Knauss (Grüne), Albert Leiser (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Cathrine Pauli (FDP), Dominique Zygmont (FDP)
Abwesend:	Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 47 gegen 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.



5 / 6

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die BeKo RP SLÖBA/V beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Christine Seidler (SP), Referentin; Präsident Marco Denoth (SP), Vizepräsident Sven Sobernheim (GLP), Heidi Egger (SP), Regula Fischer Svovse (AL) (für vakanten Sitz AL), Brigitte Fürer (Grüne), Nicole Giger (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Stephan Iten (SVP), Markus Knauss (Grüne), Pascal Lamprecht (SP), Albert Leiser (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Cathrine Pauli (FDP), Olivia Romanelli (AL), Dominique Zygmont (FDP)

Abwesend: Roger Bartholdi (SVP)

Aufgrund der vorhergehenden Abstimmung zum Änderungsantrag wird über die unveränderte Dispositivziffer 1 abgestimmt.

Der Rat stimmt der unveränderten Dispositivziffer 1 mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 2

Die BeKo RP SLÖBA/V beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Christine Seidler (SP), Referentin; Präsident Marco Denoth (SP), Vizepräsident Sven Sobernheim (GLP), Heidi Egger (SP), Regula Fischer Svovse (AL) (für vakanten Sitz AL), Brigitte Fürer (Grüne), Nicole Giger (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Stephan Iten (SVP), Markus Knauss (Grüne), Pascal Lamprecht (SP), Albert Leiser (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Cathrine Pauli (FDP), Olivia Romanelli (AL), Dominique Zygmont (FDP)

Abwesend: Roger Bartholdi (SVP)

Aufgrund der vorhergehenden Abstimmung zum Änderungsantrag wird über die unveränderte Dispositivziffer 2 abgestimmt.

Der Rat stimmt der unveränderten Dispositivziffer 2 mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 3

Die BeKo RP SLÖBA/V beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Christine Seidler (SP), Referentin; Präsident Marco Denoth (SP), Vizepräsident Sven Sobernheim (GLP), Heidi Egger (SP), Regula Fischer Svovse (AL) (für vakanten Sitz AL), Brigitte Fürer (Grüne), Nicole Giger (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Stephan Iten (SVP), Markus Knauss (Grüne), Pascal Lamprecht (SP), Albert Leiser (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Cathrine Pauli (FDP), Olivia Romanelli (AL), Dominique Zygmont (FDP)

Abwesend: Roger Bartholdi (SVP)



6 / 6

Aufgrund der vorhergehenden Abstimmung zum Änderungsantrag wird über die unveränderte Dispositivziffer 3 abgestimmt.

Der Rat stimmt der unveränderten Dispositivziffer 3 mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom vorliegenden Bericht betreffend Formate für institutionalisierte Partizipationsprozesse für grössere und komplexe Projekte im Rahmen der Stadtentwicklung und Verdichtung unter angemessener Kostenbeteiligung von profitierenden Dritten wird Kenntnis genommen.
2. Der zusätzliche Bericht «Partizipationsprozesse» vom 5. Mai 2020 (Beilage) wird zur Kenntnis genommen.
3. Das Postulat, GR Nr. 2017/226, von Christine Seidler (SP) und Mario Mariani (CVP) vom 5. Juli 2017 betreffend Formate für institutionalisierte Partizipationsprozesse für grössere und komplexe Projekte im Rahmen der Stadtentwicklung und Verdichtung unter angemessener Kostenbeteiligung von profitierenden Dritten wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 3. November 2021

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat